

Nr. 17/332

Wahl des Präsidenten des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen

Diese Wahl ist vom Vorstand der Bremischen Bürgerschaft zurückgezogen.

Nr. 17/333

Fragestunde

1. Arbeitslos und nicht arbeitslos registrierte ältere Arbeitslosengeld-I- und Arbeitslosengeld-II-Empfänger/-innen
Anfrage der Abgeordneten Inga Nitz, Monique Troedel und Fraktion Die Linke vom 7. Mai 2008
2. Publikationen für bildungsferne Schichten
Anfrage der Abgeordneten Dr. Oliver Möllenstädt, Dr. Magnus Buhler, Mark Ella, Uwe Wolthemath und Fraktion der FDP vom 7. Mai 2008
3. Frauenanteil bei der Feuerwehr
Anfrage der Abgeordneten Sybille Böschen, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 7. Mai 2008
4. Bedrohung durch Cyber-Mobbing!
Anfrage der Abgeordneten Margitta Schmidtke, Karin Garling, Mustafa Güngör, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 7. Mai 2008
5. Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Zahra Mohammadzadeh, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Mai 2008
6. Arbeitsbedingungen für Hebammen im Lande Bremen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Rita Mohr-Lüllmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 8. Mai 2008
7. Neue SGB-II-Regelungen für die Mittagsverpflegung bei Nutzung eines Ganztagsangebots?
Anfrage der Abgeordneten Michael Bartels, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 8. Mai 2008
8. Rechtsanspruch auf einen Hauptschulabschluss
Anfrage der Abgeordneten Harry Nestler, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 9. Mai 2008
9. Sechs Monate Nichtraucherchutzgesetz
Anfrage der Abgeordneten Inga Nitz, Peter Erlanson, Monique Troedel und Fraktion Die Linke vom 14. Mai 2008
10. Lkw-Überholverbot
Anfrage der Abgeordneten Martin Günthner, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 20. Mai 2008

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

11. Zukunftsfähiges Konzept für die InnoWi GmbH
Anfrage der Abgeordneten Dr. Iris Spieß, Silke Allers, Thomas Röwekamp und
Fraktion der CDU vom 20. Mai 2008

Diese Anfrage ist vom Fragesteller zurückgezogen.

12. Schulgeld
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Uwe Woltemath und Fraktion
der FDP vom 22. Mai 2008

13. Ansiedlung ausländischer Unternehmen in Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Mark Ella, Uwe Woltemath und Fraktion der FDP
vom 28. Mai 2008

14. Lange politische Entscheidungswege
Anfrage der Abgeordneten Mark Ella, Uwe Woltemath und Fraktion der FDP
vom 28. Mai 2008

15. German Aerostuctures Company
Anfrage der Abgeordneten Mark Ella, Uwe Woltemath und Fraktion der FDP
vom 28. Mai 2008

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bre-
mischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 17/334

Aktuelle Stunde

Für die aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Nr. 17/335

Zwischenbilanz des Bürokratieabbaus im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 5. März 2008
(Drucksache 17/311)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 13. Mai 2008

(Drucksache 17/396)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/336

Verlängerung der Dienstzeit für Beamtinnen und Beamten auf freiwilliger Basis

Antrag der Fraktion der FDP
vom 13. März 2008
(Drucksache 17/315)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstat-
tung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 17/337

Notengebung an den Schulen im Lande Bremen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 1. April 2008
(Drucksache 17/328)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/338

Gesetz zur Änderung des Bremischen Wahlgesetzes Wiedereinführung der 5-Prozent-Klausel bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 28. Mai 2008
(Drucksache 17/426)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den nichtständigen Ausschuss „Erleichterung der Volksgesetzgebung und Weiterentwicklung des Wahlrechts“.

Nr. 17/339

Optionszwang im Staatsangehörigkeitsrecht streichen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 2. April 2008
(Drucksache 17/338)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 4. Juni 2008

(Drucksache 17/444)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel der Aufhebung der Optionsregelung gemäß § 29 Staatsangehörigkeitsgesetz zu ergreifen bzw. entsprechende Initiativen anderer Länder zu unterstützen,
2. der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 31. Oktober 2008 darüber zu berichten.

Nr. 17/340

Europäische Dienstleistungsrichtlinie:

Einheitliche Ansprechpartner in kommunaler Verantwortung errichten

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 29. Mai 2008
(Drucksache 17/430)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der FDP vom 4. Juni 2008

(Drucksache 17/443)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bei der Errichtung der „Einheitlichen Ansprechpartner“ dafür Sorge zu tragen, dass

1. sie in kommunaler Trägerschaft eingerichtet werden,
2. die Beratung über die arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen in Deutschland zu den Regelaufgaben dieser Stellen gehört,
3. nicht nur Unternehmen, sondern auch Arbeitnehmer/-innen ungehinderten Zugang zu ihren Leistungen haben,
4. Informationen und Leistungen der EA mehrsprachig angeboten werden, um ausländischen Unternehmen, Arbeitnehmer/-innen und Existenzgründer/-innen ent-

gegenzukommen und der Rolle Bremens als internationalem Wirtschaftsstandort gerecht zu werden und

5. sie auch die Beratung und Hilfe für Bremer Dienstleistungsanbieter, die in anderen EU-Mitgliedstaaten tätig werden wollen, wahrnehmen.

Nr. 17/341

Kulturwirtschaftsbericht für Bremen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 1. April 2008
(Drucksache 17/334)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, einen ersten Kulturwirtschaftsbericht in enger Abstimmung mit allen Akteuren ressortübergreifend bis zum Frühjahr 2009 zu erstellen, der vor allem Auskunft darüber gibt,

1. welche Prozesse, Institutionen, Unternehmensbereiche, Innovationstechnologien etc. für die Entwicklung der Kreativbranchen in Bremen und Bremerhaven ausschlaggebend sind;
2. wie sich die Entwicklung der Kulturwirtschaft in einzelnen Stadtteilen darstellt und welche Rahmenbedingungen als entscheidend für den positiven Trend angesehen werden;
3. welche Impulse von der Kultur für die Wirtschaft ausgehen und von dieser angenommen werden;
4. welche (Förder-)Maßnahmen bzw. Strategien sich daraus ableiten, um die Kulturwirtschaft als Impulsgeber nachhaltig in Bremen zu etablieren;
5. wie sich die Anzahl
 - a) der verschiedenen Branchen,
 - b) der Betriebe und Selbstständigen,
 - c) der Beschäftigten und
 - d) der Umsatzin der Kulturwirtschaft im Land Bremen in den letzten Jahren entwickelt haben;
6. wie sich derzeit die Anzahl der zur Kulturwirtschaft zählenden Betriebe/Gewerbe nach öffentlich geförderten oder privatwirtschaftlicher Kulturwirtschaft gliedert;
7. in welcher Höhe derzeit öffentliche Mittel, getrennt nach Ressorts, in die Kulturwirtschaft fließen.

Nr. 17/342

Homosexuelle im Adoptionsrecht gleichstellen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 2. April 2008
(Drucksache 17/337)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der SPD vom 4. Juni 2008

(Drucksache 17/445)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, eine Bundesratsinitiative zur Gleichstellung gleichgeschlechtlich lebender Menschen im Adoptionsrecht zu ergreifen und die erforderlichen Gesetzesänderungsanträge einzubringen bzw. die Initiativen anderer Länder zu unterstützen sowie der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 30. Oktober 2008 über die ergriffene Initiative zu berichten.

Nr. 17/343

Gleichstellung von Lebenspartnerschaften mit Ehen

Mitteilung des Senats vom 29. April 2008
(Drucksache 17/371)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

